

younion: Zwei Monate weniger Karenz für Eltern – es reicht jetzt!

2023-06-19 13:35

Es braucht dringend einen Ausbau der Kinderbildung und -betreuung und keine Verschlechterungen für Eltern

Der von ÖVP und Grüne eingereichte Antrag (3478/A) im Nationalrat sieht eine Streichung der Karenz vor. Mit 1.8.2023 will die Regierung Eltern zwei Monate die Karenz kürzen.

Unter dem Deckmantel Wahlfreiheit und Chancengleichheit, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, eine Verkürzung der Elternkarenz zu beantragen und umzusetzen ist schlichtweg letztklassig. Zwei Monate weniger Karenz bedeutet mit den jetzigen Möglichkeiten, vor allem im ländlichen Bereich, dass Eltern noch mehr Probleme haben, für ihre Kinder einen Kinderbildungsplatz zu erhalten.

„Wir haben weder die Kleinkindgruppen und Kindergärten, noch das dafür dringend benötigte Personal – darauf machen wir bereits seit vielen Jahren aufmerksam. Und eine sogenannte Herdprämie, wie sie in Salzburg vorgesehen ist, löst hier keinesfalls das Problem“, so Christa Hörmann, Bundesfrauenvorsitzende der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Väter verdienen noch immer überwiegend mehr

Die Regierung argumentiert die Streichung, dass Väter mehr in die Erziehung eingebunden werden sollen. „Es ist aber nach wie vor so, dass Väter zum überwiegenden Teil mehr verdienen und sich, nicht weil sie nicht wollen, sondern weil es sich finanziell nicht ausgeht, gegen die Karenz entscheiden (müssen). Vor allem in Zeiten der Teuerung zählt jeder Cent“, ergänzt Sabine Slimar-Weißmann, Bundesfrauenabteilung der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

Österreichweit fehlt es an Kinderbildungsplätzen, sowie dem entsprechenden Personal. Bekommen Eltern für ihre Kinder ab dem 22. Lebensmonat also keinen Kinderbildungsplatz, werden die Mütter die unbezahlte Karenz in Kauf nehmen müssen, somit weitere Verschlechterungen zur eigenständigen Absicherung oder im schlechtesten Fall aus dem Beruf aussteigen.

Finanzielle Herausforderung

„Und wenn wir schon dabei sind, wann gedenkt die Regierung die Wochengeldfalle zu reparieren? Auch hier gibt es seit 2022 eine EU-Richtlinie, dass Mütter eine wochengeldähnliche Leistung erhalten müssen, wenn sie während der Elternkarenz neuerlich schwanger werden. Diese betroffenen Mütter wissen aufgrund der Teuerung nicht, wie sie das alles finanziell stemmen sollen“, ergänzt Sabine Slimar-Weißmann.

„Der Bogen ist eindeutig überspannt. Mit diesem Antrag bringt man Jungfamilien in eine prekäre Situation und am Ende des Tages werden wieder die Frauen die Leidtragenden sein“, so Christa Hörmann abschließend.